

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Montag den 31. März 1879.

73. Jahrgang.

Erscheinet täglich früh 6 1/2 Uhr.  
Schriften und Expedition  
Johannisstraße 21.  
Sprengelhaus der Nechthaus  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

№ 90.

## Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalswechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

### Bekanntmachung.

In neuester Zeit ist es wiederholt und insbesondere bei Neubauten und Umbauten vorgekommen, daß die Besitzer von Privatgrundstücken die vor ihren Grundstücken befindlichen Granit-Trottoirplatten, Granit-Schwellen und Anpflasterungen, auch soweit deren Unterhaltung der Stadtgemeinde obliegt, ohne unser Bewilligung entfernt und wieder verlegt haben.

Dieserhalb sind die betreffenden Materialien vielfach beschlagnahmt worden, und ordnen wir zur Verhütung dessen hiermit an, daß Niemand Granit-Trottoirplatten, Anpflasterung und Granit-Schwellen, deren Unterhaltung der Stadtgemeinde obliegt, wegnimmt und wieder verlegt dar.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Geor. Wangemann.

### Königliche Baugewerkschule.

Die Ausstellung der im Winterhalbjahr Michaelis 1878 bis Ostern 1879 angefertigten Schülerarbeiten findet Donnerstag den 2. April früh von 9-1 Uhr, Nachmittag von 3-5 Uhr und Freitag den 4. April früh von 9-1 Uhr im Schulleocal, Nordstraße, Reichschulgebäude parterre, statt.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 30. März.

Die feierliche Beisetzung des Prinzen Waldemar von Preußen fand am Sonnabend Vormittag 11 1/2 Uhr in der Friedenskirche zu Potsdam statt. Die Leiche des Verstorbenen war in der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr eingetroffen und in der Friedenskirche niedergelegt worden. Die Wache am Sarge bis zur Beisetzung hielten die Officiere des ersten Garde-Regiments zu Fuß, Sr. Königl. Hoheit Prinz Wilhelm, Bruder des Verstorbenen, war unter den ersten Wache haltenden Officieren. Der Sarg war auf einer Estrade über der Brust König Friedrich Wilhelm's IV. aufgestellt, von Palmen und vier Kandelabern umgeben, mit einer weißleinen goldbesetzten Decke bedeckt, welche mit Blumen und Kränzen ganz übersetzt war. Die Krone ruhte auf dem Kopfe des Sarges, vor ihr der Regen, die Schärpe und die Handschuhe des Verstorbenen. Hinter dem Kopfe des Sarges hatten der Hofmarschall Graf Eulenburg, rechts von dem Sarge der Oberst Nißche und der Capitän des Prinzen, Lieutenant Dr. Delbrück, links von dem Sarge Oberst v. Derenthall vom 1. Garde-Regiment zu Fuß ihren Platz eingenommen. Zur Theilnahme an der Beisetzungfeierlichkeit waren sämtliche Minister, die Generalität, der Oberpräsident Dr. Köhnen, die Spitze der Behörden, der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher von Potsdam, die Commandeure sämtlicher dort garnisontirender Regimenter und sämtliche Officiere des ersten Garde-Regiments zu Fuß in der Kirche erschienen. Um 11 1/2 Uhr traten unter Vorantritt des Hofmarschalls Grafen von der Forst, der ältesten Herrschaften in der Kirche ein: Ihre Majestäten die Kaiserin, gefolgt von Sr. I. L. Hoheit dem Kronprinzen, die Großherzogin von Baden, gefolgt von dem Prinzen Wilhelm, welchen sich Prinz und Prinzessin Friedrich Ruz, die Herzogin Wilhelmine von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzog von Baden, die Prinzen Albrecht und Georg von Preußen, Prinz August von Württemberg, der Erbprinz von Preussen, der Prinz Wilhelm von Baden, der Erbprinz und der Prinz Friedrich von Anhalt, der Erbprinz und Prinz Friedrich von Hohenzollern angeschlossen. Der Domchor eröffnete die Feier mit dem Gesange: „Was Gott thut, Das ist wohlgethan.“ Sodann sprach Prediger Paulus das Eingangsgesetz, worauf die Gemeinde und der Chor zusammen den Choral: „Was Gott thut, Das ist wohlgethan, dabei will ich verbleiben“ anstimmten. Hiernach hielt der Oberconsistorialrath Hof- und Domprediger Dr. Bögel die Trauerrede, welcher er als Text das Vaterunser zu Grunde gelegt hatte. Sodann erfolgte die Einsegnung der Leiche, worauf der Chor und die Gemeinde das Lied: „Wenn ich einmal soll scheiden“ anstimmten. Während der Einsegnung wurden von der bei der Kirche aufgestellten Artillerie dreimal zwölf Kanonenschüsse abgefeuert. Im Mariengarten vor dem Atrium der Kirche war die Leib-Compagnie des ersten Garde-Regiments zu Fuß mit der Fahne und dem Musikcorps aufgestellt und machte die Honoorschüsse. Unter den Klängen der Orgel schloß gegen 12 Uhr die tiefergreifende Trauerfeierlichkeit.

Der Bundesrath hielt am Freitag eine Plenar-sitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichs-lanzleramtes, Staatsministers Posmann. Ueber den Antrag des Reichslandwärters, betreffend die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs zur Regelung des Altitarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen, soll in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden. Borlagen, betreffend a) den Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen, b) Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest, c) den Entwurf eines Nachtrages zur Geschäfts-ordnung des Ober-Secreates, wurden den Ausschüssen überwiesen. Ein Antrag des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Controle der Händler mit denaturirtem Viehfleisch, wurde genehmigt. Mündliche Ausschüsse wurden ernannt: über a) die Wanderlager und Waaren-Auctionen; die wegen Behandlung dieser Gewerbebetriebe vom Ausschusse gemachten Vorschläge wurden genehmigt; b) den Entwurf eines Gesetzes über die Anfechtung von Rechtsurtheilen außerhalb des Concursverfahrens; der Gesetzentwurf wurde mit einigen Änderungen genehmigt; c) die Abstempelung von Spielkarten; die bezüglichen Ausschüsse wurden genehmigt; d) die Erhebung einer deutschen Hagelstatistik; es soll auf die Erhebung einer solchen Statistik von Reich wegen zur Zeit nicht eingegangen werden. Hiernach folgte die Ernennung von Commissarien zur Verathung von Vorlagen im Reichstage. Endlich wurden einige Eingaben vorgelegt und theils den betreffenden Ausschüssen überwiesen, theils zur Kenntniß genommen.

Der Reichstag hatte sich in seiner Sonn- abend-Sitzung zunächst mit einer Reihe von Petitionen rein lokalen Charakters, welche der Budget-commission vorgelegt waren, zu beschäftigen. Eine längere Debatte veranlaßte die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend das Pfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen. Der Gesetzentwurf hat bekanntlich nur den Zweck einer gesetzlichen Regelung der rechtlichen Sicherstellung der Pfandbriefglaubiger, da die bestehende Gesetzgebung es nicht ermöglicht, in ausreichender und zweifelsfrei Weise dem Willen der Credit-institute zur rechtlichen Sicherstellung der Pfand-briefinhaber die juristische Form zu geben. Dieser Zweck wurde von dem Vertreter der Regierung des Reiches erläutert. Die Debatte drehte sich, soweit sie nicht rein juristische Momente betraf, um die Frage, ob und wie dem Bedürfnis einer wirtschaftlichen Regelung des Grundcredits bey-m die Hypothekendarlehens zu entsprechen sei. In dieser Beziehung beantwortete der Abgeordnete Schulze-Delitzsch den Antrag des Normativbestim-mung für die Gründung von Pfandbriefinstituten, ein Vorschlag, der insofern von anderer Seite als unmöglich bezeichnet wurde. Auch die Abgeordneten Käster und Staudt betonten die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Grundcreditsbanken. Die Vorlage wurde einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. Auch der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wechsel-stempelgesetzes passirte die erste Lesung. Die beabsichtigte Normirung der Stempelsteuer für Wechsel in Betrage von mehr als 1000 Mark wurde von verschiedenen Seiten angefochten; auch andere Wünsche, in Betreff der Behandlung von Stempel-markten u. s. w., machten sich geltend. Die Special-

berathung des Entwurfs wird unmittelbar im Plenum stattfinden. Ein am Freitag angenommener Antrag des Abgeordneten Reichensperger-Cresfeld wegen nochmaliger Prüfung des Planes für das Collegiengebäude der Universität Straßburg mußte, da er nur handwristlich vorgelegt, am Sonnabend nochmals zur Abstimmung gebracht werden. Das Resultat war die Verwerfung des Antrags mit ziemlich großer Majorität. Der Um-schwung erklärt sich dadurch, daß die Regierung die gewünschte Revision des Planes inzwischen thatsächlich zugestimmt hatte. Wie bekannt, ist vom preussischen Cultusminister an die deutschen Kerzte-Vereine die Aufforderung ergangen, sich gutachtlich über die Zulassung der Realistiker zum Studium der Medicin zu äußern. Diese Gutachten sind nun aus allen Theilen Deutschlands eingegangen und zwar von 163 Vereinen. Von diesen haben sich, wie die „Straß. Zig.“ erzählt, 157, also 96 Procent gegen und nur 6, d. h. 4 Procent für die Zulassung erklärt. Nach einem Erlaß des Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen werden die Bekannt-machungen, welche bisher in der „Straßburger Zeitung“ veröffentlicht wurden, künftig in der „Gemeindezeitung für Elsaß-Lothringen“ und in den Amtsblättern veröffentlicht werden. Das ungarische Oberhaus hat am Sonn- abend den Gesetzentwurf, betreffend die Inartikularung des Berliner Vertrages, ohne Debatte angenommen.

Aus Rom, 29. März, wird gemeldet: Wie der „Italie“ berichtet wird, hat die zur Prüfung des Eisenbahnbetriebes eingesetzte Commission gestern Vormittag eine Sitzung abgehalten, in welcher der Bericht Raporta's über den Rücklauf der römischen Bahnen verlesen wurde. Die Com-mission votirte einstimmig eine Tagesordnung, in welcher die Nothwendigkeit des Rücklaufes an-erkannt, zugleich aber der Regierung angerathen wird, den gegenwärtigen Betrieb aufrecht zu er-halten, um der Commission zur Prüfung des Eisen-bahnbetriebes im Königreiche volle Freiheit zu sichern. Die Königin Victoria ist gestern um 5 Uhr in Venedig eingetroffen. In der Sitzung des französischen Senats am Sonnabend legte der Senator Raboulay den Bericht der Commission über Verathung der Vo-lage, betreffend die Rückverlegung der Kam-mer nach Paris, vor. Von Seiten der Rechten wurde die Verlesung des Berichtes verlangt. Von Seiten der Linken wurde dieses Verlangen wider-sprochen. Die Majorität des Senats entschied sich indeß schließlich für die Verlegung. Der Be-richt entwickelt die Gründe, die dafür sprechen, daß der Sitz der Kammer in Versailles bleibe, und daß keine Veränderung der Verfassung vorge-nommen werde. Der Bericht schließt demgemäß damit, daß der Antrag auf Einberufung des Con-gresses abzulehnen sei. Die Discussion über diese Angelegenheit werde auf nächsten Dienstag fest-gesetzt.

Aus Constantinopel wird vom Freitag gemeldet: Eine besondere mobile Truppentheilung unter dem Commando von Kebek Pascha ist bestimmt, um in Rumelien etwa entstehende Unruhen zu unterdrücken und das Land von Karouder zu

**Bekanntmachung.**  
Ein im Hause Nr. 1 der Felsstraße hieselbst gebaltener Hund, seiner männlicher Hündin, 1 bis 1 1/2 Jahre alt, ist gestern Vormittag in der hiesigen Cavillerie, wohin er wegen Verdachtes der Raubthat gebracht worden war, umstanden und die Section hat diesen Verdacht bestätigt. Der gedachte Hund ist nachdem er bereits am 25. dieses Monats auffällige Erscheinungen gezeigt, am 24. dieses Monats, mit Maulkorb versehen, entlassen, am 26. dieses Monats Morgens ohne Maulkorb, mit einem Hund Stroh als Halsbande, zurückgekehrt und nunmehr in Gemahrdam gebracht worden. Jeder bei dieser Hund mehrere Personen gefahren. Es ist bemerkt worden, daß derselbe am Morgens des 26. dieses Monats auf der Fels-straße mit einem anderen Hunde sich begabte; er hat sich übrigens häufig auf der Promenade wieweil im Park mit anderen Hunden herumgetrieben.

**Bekanntmachung.**  
Wegen des Umbaues der Georgenballe können in der Zeit von Sonnabend den 5. April bis mit Dienstag den 8. April d. J. die Räume des Rathes nicht benutzt werden. Die Einigung von Brücken-waagen und Maßmessen wird während dieser Zeit auf Verlangen im Hause der Besizer vorgenommen. Einigungen anderer Gegenstände müssen beantragt werden, und es wird hiermit ersucht, die nöthigen Einigungen dieser Art so zeitig zu besellen, daß sie vor dem 5. April d. J. ausgeführt werden können.  
Leipzig, am 29. März 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Geor. Kraßmer.

**Bekanntmachung.**  
Reinigen. Razzar Pascha ist mit der Einführung der von England vorgeschlagenen Reformen in Kleinasien betraut.

**Ein Loch im Berliner Vertrage.**  
Die südbulgarische Bevölkerung hat sich das im höchsten Grade zweifelhafte „Verdienst“ erworben, eine Abmachung des Berliner Vertrages zu durchlöchern. Wiederholt mußte berichtet werden, daß die europäische Finanzcommission bei ihren Arbeiten auf Schwierigkeiten stöße, die so weit gingen, daß einzelne Mitglieder derselben an ihrem Leben drohten.

Die sehr nun ein activs Hervortreten der europä- ischen Mächte in Ost-Rumelien zur Nothwendigkeit wird — officiösen Mittelwegen zufolge ist die gemischte Occupation alleseitig im Princip angenommen — zeigt das von uns gestern zum Ausdruck gebrachte Telegramm aus Philippopol, wonach der Finanzdirector Schmidt in Folge seiner neuerdings gemachten Entschlüsse seine Demission gegeben und die europäische Commis- sion den Mächten angeheißt hat, daß sie außer Stande sei, den Artikel 19 des Berliner Vertrages auszuführen. Derselbe lautet:

Die europäische Commission soll beauftragt wer- den, im Einklang mit der hohen Worte die Finanzen der Provinz bis zur Vollendung der neuen Organisation zu verwalten.

Heute liegt eine Reihe von Telegrammen vor, die einander widersprechen. Sollte Glaubwür- digkeit verdient wohl nur die folgende Depesche des „P. E.“ Nach einem ausführlichen Berichte derselben aus Philippopol hatte der Finanz- inspector Schmidt beabsichtigt, seine Inspectors- reise bis Burgas auszudehnen, war aber, auf Abmahn des Generals Stolypin, welcher ein erstes bewaffnetes Einschreiten für unmöglich er-klärte, mit dem französischen Commissar Coutouly am 25. d. M. nach Philippopol zurückgekehrt, wo Finanzinspector Schmidt alsbald seine Demission erklärte. Der französische Commissar Coutouly erstattete der Commission über die Vorfälle in: Sitrono Bericht und die Commission saßte hierauf den bereits bekannten Beschluß, daß sie den Art. 19 des Berliner Vertrages nicht durchzuführen ver- mocht habe.

aus ansehend zweifelhaften Quellen stammen indessen folgende Nachrichten:  
Philippopol, 29. März. Die internationale Commission in Odrumehin hat in fortgesetzter Be- ratung des Statuts das Kapitel X, die Cultur- angelegenheiten betreffend, angenommen. Nach einer Bestimmung dieses Capitels wird das bulgarische Sprach-ernacht, nunmehr die Innefuhr der bul- garischen Bischöfe in Odrumehin vom General-gouverneur Odrumehin zu verlangen. Der bulgari- sche Antrag ist von dem französischen Commissar aus- gegangen und war in Folge der beharrlichen Wei- gerung der Porte, für die Befegung der vacanten bischöflichen Stühle der bulgarischen Kirche Macro- doniens das Erforderliche zu veranlassen.